

Standpunkt

Die Handschrift der LSAP im neuen Regierungsbündnis

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2013 war die LSAP mit dem Anspruch angetreten, das Land zu modernisieren, für Gerechtigkeit zu sorgen und für jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Des Weiteren haben die Sozialisten darauf hingewiesen, dass der Index mit der LSAP nicht abgeschafft wird. Auch die anhaltende Preisexplosion auf dem Wohnungsmarkt gehört zu den großen Herausforderungen, die aus sozialistischer Sicht dringend einer Lösung bedürfen.

Nun steht Rot-Blau-Grün in der Verantwortung. Für die Regierung wird es darum gehen, die Weichen richtig zu stellen und Luxemburg fit für die Zukunft zu machen. Dabei kommt den drei Regierungsparteien aufgrund ihres jeweiligen Profils eine unterschiedliche Rolle zu, die letztlich zu einer kohärenten Politik führen muss. Die Handschrift der LSAP wird dabei unverkennbar sein.

Zum Wohl von Land und Bürgern

Die Sozialisten nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und setzen sich im neuen Dreierbündnis für mehr Chancengerechtigkeit, den Erhalt der Kaufkraft, ein verstärktes Wohnungsangebot zu günstigeren Preisen und bessere Zukunftsperspektiven für junge Menschen ein. Für die LSAP wird es in den kommenden Jahren vor allem darum gehen, die Arbeitslosigkeit mit Nachdruck zu bekämpfen, Kinder und Jugendliche bestmöglich auf das Leben und den Arbeitsmarkt vorzubereiten, auf eine gerechte Lastenverteilung hinzuwirken, die öffentlichen Finanzen wieder ins Lot zu bringen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Luxemburg dank hoher öffentlicher Investitionen weiterhin über die notwendigen Infrastrukturen verfügt, um die öffentliche Grundversorgung sicherzustellen, zum Wohl von Land und Bürgern.

Mehrwertsteuererhöhung sozialverträglich gestalten

Von leeren Versprechen hält die LSAP nichts. Den Worten werden die Sozialisten in Regierung und Parlament Taten folgen lassen. Dass die Mehrwertsteuererhöhung kommen muss, ist beschlossene Sache. Die vorherige CSV-LSAP-Regierung hatte diese Maßnahme bereits als notwendig erachtet, um vorhersehbare Einbußen bei den Steuereinnahmen aus dem elektronischen Handel teilweise wettzumachen. An dieser haushaltspolitischen Notwendigkeit führt nach wie vor kein Weg vorbei. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung wird aber keinen Einfluss auf den Indexmechanismus haben, der auf Drängen der LSAP 2015 wieder vollständig spielen und den erlittenen Kaufkraftverlust der Bürgerinnen und Bürger integral ausgleichen wird. Darüber hinaus wird die notwendige TVA-Erhöhung zwei Drittel der erworbenen Waren überhaupt nicht betreffen, dabei handelt es sich vorrangig um Güter des täglichen Bedarfs, die auch weiterhin einem Mehrwertsteuersatz von 3 Prozent unterliegen werden. Gleiches gilt im übrigen für den Bereich der Altbausanierung, was den Hausbesitzern die Möglichkeit erhält, ihr Eigenheim unter gleichen

Bedingungen wie bislang zu sanieren. Fakt ist: Die Hauptlast der Mehrwertsteuererhöhung müssen Staat, Gemeinden und Bankenplatz schultern.

Kaufkraft stärken

Wesentlichen Einfluss auf die Kaufkraft wird neben der fürs erste Quartal 2015 vorausgesagten Indexanpassung auch das Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst haben, das 2015 in Kraft treten wird und außer einer einmaligen Prämie für die Bediensteten eine Punktwerthöhung von 2,2 Prozent bei den Gehältern vorsieht. Der Anstieg der Gehälter im öffentlichen Dienst wird somit die Kaufkraft in Luxemburg steigern, die Binnennachfrage stärken und der Wirtschaft insgesamt zugute kommen. Daneben ist die Aufbesserung der Gehälter für die öffentlich Bediensteten aber auch ein wichtiges Signal für die Kollektivvertragsverhandlungen im Privatsektor, bei denen es darum geht, die Arbeitnehmer angemessen an den Früchten des erwirtschafteten Mehrwerts zu beteiligen.

Mehr Mittel für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Wesentlich aus sozialistischer Sicht sind auch die von der Regierung zusätzlich bereitgestellten Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, die mit einem wesentlich stärkeren finanziellen Zuwachs für die ADEM zu Buche schlagen. Die LSAP wird sich auch weiterhin für mehr Beschäftigung einsetzen und insbesondere junge Arbeitsuchende noch stärker in ihren Bemühungen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Fortbildungsmaßnahme unterstützen.

Angebot steigern und Druck auf Wohnungspreise senken

Auch in der Wohnungsbaupolitik wird die Regierung ihre Verantwortung übernehmen und die Ausweitung des Wohnungsangebots im Bereich des subventionierten Wohnungsbaus vorantreiben. Über diesen Weg sollen 10.500 neue Wohneinheiten entstehen und der Druck auf die Preise gemindert werden.

Solidarität mit den Gefährdeten

Großgeschrieben wird bei der LSAP auch die Solidarität mit jenen Bevölkerungsschichten, die unmittelbar von Armut bedroht sind. Das gilt in einem besonderen Maße für Alleinerziehende, die statistisch gesehen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Die Regierung will diese Bevölkerungsgruppe gezielt unterstützen und ein entsprechendes Konzept vorlegen. Die LSAP wird auch weiterhin dafür sorgen, dass nicht auf Kosten der Ärmsten gespart wird. In diesem Sinne haben sich die Sozialisten ebenfalls dafür starkgemacht, die Kooperationshilfe auf dem hohen Niveau von 2013 zu belassen. Verantwortung verpflichtet – auch zur internationalen Solidarität!

In die Zukunft investieren

Die Zukunft vorbereiten heißt, in unsere Kinder investieren. Der erhobene Beitrag von 0,5 Prozent wird u.a. in eine verbesserte Kinderbetreuung fließen und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Öffentliche Investitionen in zukunftssträchtige Infrastrukturen und Bereiche sind Voraussetzung dafür, dass Luxemburg ein attraktiver Standort bleibt, der Wachstum und Wohlstand generiert und den Menschen eine optimale Grundversorgung ermöglicht. Das gilt in einem besonderen Maße für eine grundlegende Reform des Rettungswesens, die flächendeckend für mehr Chancengerechtigkeit in der Notfallversorgung sorgen wird. Beschlossene Sparmaßnahmen zu Lasten der Gemeinden werden daher unmittelbar in die Finanzierung eines modernen Rettungswesens fließen. Das ist im Sinne der LSAP und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die ein Recht auf eine optimale flächendeckende Notfallversorgung haben.

Gerechte Lastenverteilung

Klar für die LSAP ist auch, dass die Lastenverteilung zwischen den einzelnen Beitragszahlern möglichst gerecht erfolgen muss. Nicht nur Bürgerinnen und Bürger müssen auf der Grundlage ihrer finanziellen Möglichkeiten ihren Obolus in einer Solidargemeinschaft leisten, auch Unternehmen stehen in der Verantwortung und haben eine Bringschuld, wenn es darum geht, den notwendigen Spielraum für eine gerechte, zukunftsweisende Politik zu erschließen. Es ist demnach richtig und wichtig, dass Unternehmen an dieser kollektiven Anstrengung beteiligt werden, das gilt sowohl für die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als auch für die Senkung staatlicher Zuwendungen an Unternehmen.

Das Land modernisieren

Die LSAP steht für eine verantwortungsvolle Politik und soziale Gerechtigkeit. Diese Linie wird sie auch weiterhin verfolgen und sich konsequent in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellen. Die LSAP tritt aber auch für die Modernisierung des Landes und wichtige Gesellschaftsreformen ein: die administrative Vereinfachung, eine ziel- und ergebnisorientierte Haushaltspolitik, die Ausweitung des Wahlrechts und last but not least die Trennung von Kirchen und Staat. Vor den Parlamentswahlen 2013 haben die Sozialisten einen Neuanfang für Luxemburg eingeklagt. Nun ist die LSAP mit ihren Koalitionspartnern dabei, die Weichen dafür zu stellen.

Claude Haagen
LSAP-Präsident